



Interviews

Datum: 28.12.2023

Herbert Reul, NRW-Innenminister, CDU, im Gespräch mit Maria Grunwald

Grunwald: Wächst die Terrorgefahr in Deutschland? Wie ist die Bedrohungslage? Dazu spreche ich jetzt mit Herbert Reul, Innenminister in Nordrhein-Westfalen, guten Morgen, Herr Reul.

Reul: Schönen guten Morgen.

Grunwald: Herr Reul, schauen wir zuerst auf den Kölner Dom, wo es bis Neujahr eben noch verschärfte Sicherheitsmaßnahmen geben wird. Also kein Zugang für Touristen, nur für Gottesdienst. Und es gibt verstärkte Kontrollen an allen Eingängen. Haben die Einsatzkräfte die Lage im Griff? Kann jeder gefahrlos in den Dom gehen zum Gottesdienst?

Reul: Ich glaube, dass die Einsatzkräfte gut vorbereitet sind, gut aufgestellt sind. Aber eins muss man sagen, das gilt aber generell: 100 Prozent Sicherheit gibt es nirgendwo auf der Welt. Aber alles das, was möglich ist, ist gemacht worden. Und ich glaube, dass sie sehr gut vorbereitet sind.

Grunwald: Wie real, wie hoch war/ist denn die Gefahr, dass es zu einem Anschlag kommt?

Reul: Na ja, es gab Hinweise. Es gab auch Kontakte zwischen unterschiedlichen polizeilichen Sicherheitsbehörden. Und die Erkenntnisse waren so, dass man das ernstnehmen musste. Viel mehr will ich jetzt noch nicht sagen.

Grunwald: Also eine reale Gefahr. Kölns Oberbürgermeisterin Reker sagte, man solle sich nicht einschüchtern lassen und Sie sagten, Angst sei die Währung von Terroristen, die solle man nicht aufwerten. Sollen wir Bürgerinnen und Bürger uns also keine Sorgen machen?

Reul: Ja, normal das Leben begehen, insbesondere an diesen christlichen Feiertagen, auch im Jahreswechsel. Achtsam sein, das ist immer gut. Das ist vernünftig und klug. Aber nicht verängstigt sein und das, was man normalerweise tun will und tut, nicht machen, das wäre ein großer Fehler.

Grunwald: In Österreich sind drei Verdächtige im Zusammenhang mit der Gefährdungslage festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, einem radikal-islamischen Terrornetzwerk anzugehören, das eben Anschläge auf den Kölner Dom und den Wiener Stephansdom plant. In Deutschland ist bislang ein 30-jähriger Tadschike in Gewahrsam genommen worden. Haben Sie inzwischen mehr Informationen zu den Verdächtigen?

Reul: Es gibt immer mehr Informationen, aber ich glaube, wenn ein solcher Prozess läuft, wenn man nicht fertig ist mit den Ermittlungen, ist es einfach dumm und unklug, darüber öffentlich zu spekulieren oder Teile zu erzählen. Wir arbeiten daran intensiv und die Informationen werden sorgfältig ausgewertet, auch international. Das stimmt. Sie werden auch deutschlandweit abgeglichen. Auch das ist richtig. Also, wir arbeiten da nicht alleine. Aber wir haben hier mit der zuständigen Polizei vor Ort eine Entscheidung getroffen. In dem Moment, wo wir die Sorge hatten, dass etwas passieren konnte, wollten wir und mussten wir vorrangig den Schutz der Menschen sehen. Und deswegen sind die Maßnahmen am Kölner Dom ergriffen worden.

Grunwald: Und Sie sind sich sicher, dass die Maßnahmen am Kölner Dom ausreichen?

Reul: Das weiß man bedauerlicherweise immer erst ... aber alles das, was wir uns vorstellen können und die Maßnahmen, die wir kennen, haben wir ergriffen.

Grunwald: Ende November gab es ja erst in Köln Festnahmen von jungen Islamisten, die waren noch minderjährig, die einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt oder auf eine Synagoge geplant haben sollen. Ist Köln gerade ein besonderes Anschlagziel und die Gefahr wirklich erhöht?

Reul: Na, ich würde mich da nicht zurücklehnen und sagen, das ist immer Köln. Köln ist natürlich eine große Stadt mit vielen symbolträchtigen Gebäuden, Ereignissen, Veranstaltungen. Und das zieht natürlich diejenigen, die ja die öffentliche Show, die Wirkung haben wollen, besonders an. Aber die Gefahr von Terrorismus ist in Deutschland, ist in Europa überall vorhanden. Und darauf haben wir immer hingewiesen, dass jetzt über die Hamas-Übergriffe und den Krieg in Israel die Gefahr oder diejenigen, die als – na, wie soll man sagen – radikalisierte Einzeltäter im Netz unterwegs sind, möglicherweise eher angestachelt werden, auch was zu tun, liegt ja auf der Hand.

Grunwald: Schauen wir über Köln hinaus. Gehen Sie auch – wie der Verfassungsschutz und das Bundesinnenministerium – davon aus, dass die Gefahr islamistisch motivierten Terrors in Deutschland deutlich gestiegen ist?

Reul: Ja, gehe ich von aus. Die gab es immer. Die war immer vorhanden als abstrakte Gefahr, wie wir das formuliert haben. Aber wenn natürlich solche Ereignisse wie jetzt da im Nahen Osten passieren, dann gibt es noch mal einen Trigger. Das ist klar, die Einzeltäter, die unterwegs sind, die Menschen, die radikalisiert sind, ob jung oder alt, fühlen sich durch solche Vorgänge natürlich bestätigt, aufgerufen, wie auch immer, auch tätig zu werden. Und deswegen muss man solche Tage und Wochen intensiver betrachten.

Grunwald: Der islamistische Terrorismus, das ist eine Bedrohung in Deutschland, die ist durchaus hoch. Diese Bedrohung werde laut Bundesinnenministerium insbesondere auch seit den terroristischen Angriffen der Hamas auf Israel sehr, sehr ernstgenommen. Und Sie haben vorhin auch gesagt, wir müssen das Ganze sehr, sehr ernstnehmen. Was heißt das denn jetzt konkret? Was tun die Behörden?

Reul: Na ja, sehr ernst nehmen heißt, alle Informationen, die man bekommen kann, nehmen, auswerten, verbinden, austauschen und allen Hinweisen nachgehen, die man bekommt und natürlich diejenigen, die man im Auge hat, die sogenannten Gefährder besonders beobachten. Ich will jetzt keine Details erzählen, aber da werden ganz, ganz viele Maßnahmen ergriffen. Das beim Kölner Dom war nur etwas oder ist etwas, was jetzt öffentlich kommuniziert wird, weil es ja auch zu sehen war.

Grunwald: Aber Sie haben jetzt gerade gesagt, Informationen austauschen wäre zentral. Schauen wir mal zurück auf den islamistischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin. Das war 2016. Da sind 13 Menschen gestorben und der Täter, Anis Amri, der war unterschiedlichen Sicherheitsbehörden schon lange bekannt gewesen. Die Informationen wurden aber nicht ausgetauscht. Es wurde auch zugegeben, dass das ein grober Fehler war. Ist das denn jetzt heute wirklich besser?

Reul: Ja, viel besser. Also, ich war damals nicht im Amt. Ich kann es ... ich will auch nicht besserwisserisch nach hinten gucken. Aber ich weiß, dass heute der Austausch und auch die Institutionen, die dafür vorgesehen worden sind, viel besser funktionieren. Trotzdem gibt es ja immer noch Luft nach oben. Man kann ja immer noch besser werden, ist vollkommen klar.

Grunwald: Nämlich wo?

Reul: Na, zum Beispiel: Welche Informationen können wir im Netz abgreifen und bekommen? Ich meine, wir werden ja nicht permanent im Netz unterwegs sein und alle Informationen, die da sind, abgreifen können, wie das andere Staaten machen. Das will ich auch gar nicht. Aber wir haben da schon noch Möglichkeiten, Verbesserungsmöglichkeiten. Nehmen Sie nur das leidige Thema Vorratsdatenspeicherung, das uns seit, ich weiß nicht, Jahrzehnten beschäftigt, wo wir keinen Millimeter weiterkommen.

Grunwald: Da geht es um die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten von Bürgern. Das ist die Vorratsdatenspeicherung. Und was Sie sich wünschen, das

haben Sie ja auch schon öfter gesagt, ist, dass man IP-Adressen von möglichen Verdächtigen speichern kann und dann eben auch zuordnen kann, verfolgen kann. Dafür gibt es eigentlich ja auch noch Spielräume, dass bei schweren kriminellen Fällen diese Möglichkeit der Speicherung eigentlich möglich ist. Aber Sie sagen, das ist immer noch zu wenig. Was wünschen Sie sich da?

Reul: Na ja, es wäre ja schon mal ein Schritt, wenn wir ... wir haben zu dem Thema Vorratsdatenspeicherung eine ganze Menge an Bruchteilen in Deutschland, in Europa, EuGH und andere mehr, der Europäische Gerichtshof. Und wenn wir wenigstens mal das, was da erlaubt wird, alles umsetzen würden, würden wir schon einen Schritt vorwärtsgehen.

Grunwald: Was wäre das denn da? Haben Sie da ein Beispiel?

Reul: Ja, wir brauchen einfach eine längere Speichungsfrist. Es ist ein Problem, wenn wir auf jemanden stoßen und dann die Daten von dem nicht mehr gespeichert werden, weil die Provider das nicht festhalten müssen. Ja, weil da einfach Möglichkeiten sind, wenn man jemanden im Auge hat und erreicht seine IP-Adresse. Erstens: Man muss rauskriegen, wer steckt hinter dieser IP-Adresse? Und zweitens: Man muss die Daten, die dann da sind, auch über eine längere Frist speichern. Da bin ich auch gar nicht festgelegt. Da muss man einfach klug verhandeln, eine Lösung finden, die rechtsstaatlich einwandfrei ist. Aber noch mal: Der Europäische Gerichtshof hat ein Urteil gesprochen, was man darf. Ich meine, da könnten wir uns doch darauf verständigen. Da brauchen wir uns doch zwischen den Parteien darüber jetzt nicht mehr zu streiten. Aber das könnte man ja mal wenigstens machen.

Grunwald: Also geht es eigentlich eher um ein Umsetzungsproblem. Herr Reul, ich will mit Ihnen noch über einen anderen Punkt sprechen. Diese doch sehr reale Bedrohung durch islamistischen Terror, ist das nicht Wasser auf die Mühlen all derer, die sich über einen importierten Antisemitismus oder importierten Islamismus, wie es genannt wurde, beschweren und am liebsten gar keine Zuwanderung, gar keine Geflüchteten in Deutschland wollen?

Reul: Na ja, da muss man sich die Sache schon mal genauer angucken. Diese einfache Gleichung, die wird nicht reichen. Die zieht nicht. Die kann man natürlich machen, um Menschen zu emotionalisieren und Ängste zu verbreiten. Nur, Angst ist der schlechteste Ratgeber in diesem Zusammenhang. Man muss damit rational umgehen, vernünftig, klar und deutlich und sich anschauen: Wo kommen die Gefährder her? Wer sind die Gefährder, die wir im Auge haben? Und da sind ja manchmal auch Menschen dabei, die deutsche Staatsbürger sind. Also, so einfach ist es nicht. Ein Teil davon stimmt, aber man kann das nicht pauschalisieren.

Grunwald: Aber wie bringen wir wieder mehr Sachlichkeit in diese durchaus hitzige Debatte über importierten Islamismus, die ja nicht nur von AfD-Politikern angefacht wird, sondern auch schon mal in abgeschwächter Form von CDU-Politikern wie Merz oder von Freie-Wähler-Politiker Aiwanger oder von FDP-Politiker Kubicki? Wie kommen wir zu mehr Sachlichkeit?

Reul: Indem man über die Fakten redet. Aber dafür muss man sie erst zusammentragen. Ich empfehle uns, nicht über Sachverhalte, die da sind, zu schweigen und zu hoffen, dass dann irgendwie alles gut geht, sondern die Sachverhalte zu benennen. Also, wie entwickeln sich die Straftaten? Welche Nationalitäten sind dahinter? Bei welchen Straftaten ist es auffällig, dass es Migrantenhintergrund hat, bei welchen nicht? Man muss die Fakten zusammentragen und das machen wir im Moment. Und ich finde, erst dann kann man ordentlich darüber reden und nicht so aus dem Bauch heraus.

Grunwald: Herr Reul, die Weihnachtsfeiertage sind vorbei. Schauen wir noch kurz auf Silvester. Wie gut gewappnet sind wir da anlässlich möglicher Krawalle an Silvester?

Reul: Soweit man sich gut vorbereiten kann. Man kann nicht in jeder Ecke einen Streifenwagen stehen haben, aber wir haben viel mehr Polizisten im Einsatz als im Jahr davor. Ich glaube 6 600 sind in dieser Nacht im Einsatz – in gesamt Nordrhein-Westfalen, muss man natürlich sagen. Und das ist, ich sage mal, die Vorbereitung, die man treffen kann. Und die zweite ist natürlich, dass man auch bei den Städten – da ist ja eine kommunale Zuständigkeit – genau überlegt: Wo sind welche Regionen, Plätze, Straßen, die man ...

Grunwald: Herr Reul, hier folgen gleich die Nachrichten. Danke an dieser Stelle. Hier sprach Herbert Reul, Innenminister in Nordrhein-Westfalen, danke für Ihre Zeit heute Morgen.

Reul: Herzlichen Dank, alles Gute.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.